

München, 08.04.2021

SPD will mehr Anreize für Freiwilligendienste in Bayern

Bayern hat im Vergleich wenige 'Bufdis' - Sozialpolitische Sprecherin Rauscher: Träger und Teilnehmende besserstellen

Die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion **Doris Rauscher** will eine bessere Förderung der Jugendfreiwilligendienste in Bayern. Wie aus einer Erhebung des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliches Engagement anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Bundesfreiwilligendienstes hervorgeht, leisten im Freistaat gemessen an der Bevölkerungszahl besonders wenige Menschen einen Bundesfreiwilligendienst. In Baden-Württemberg etwa gab es im vergangenen Jahr im Durchschnitt rund 5.900 sogenannte 'Bufdis' – im bevölkerungsreicheren Bayern waren es dagegen nur gut 3.500. Spitzenreiter ist Nordrhein-Westfalen mit durchschnittlich knapp 8.400 Bufdis.

Rauscher hält daher konkrete Anreize für zwingend notwendig: "Leider beschönigt die Staatsregierung die schlechten Teilnahmezahlen in Bayern schon seit Jahren! Die Basis von Demokratie ist aber der Zusammenhalt über alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg, generationenübergreifend und inklusiv. Ein Freiwilligendienst stärkt genau dieses Gemeinwesen in einem Sozialstaat. Deswegen sollte er gefördert werden!"

Es gehe dabei um wirkungsvolle Maßnahmen, um einerseits die Nachfrage seitens der Freiwilligen zu steigern und andererseits Trägern die Möglichkeit zu geben, Angebote auch in Bayern auszubauen und diese attraktiver zu gestalten. Die SPD-Landtagsfraktion regt unter anderem an, die Teilnehmendenpauschale vom Staat an die Träger des Freiwilligen Sozialen Jahres von derzeit 28 auf 100 Euro zu erhöhen. Zudem soll auch der Eigenanteil bei zuwendungsfähigen Ausgaben von derzeit mindestens zehn Prozent auf fünf Prozent verringert werden.

Die Freiwilligen sollen unter anderem mit einer weiteren Erhöhung des Taschengeldes und einer Prämie bei erfolgreicher Beendigung ihres Dienstes belohnt werden. Weiter soll die Dauer des Freiwilligendienstes auf Praktika für fachlich entsprechende Ausbildungs- und Studiengänge angerechnet werden und eine kostenfreie Nutzung des ÖPNV möglich sein. Dies hat die SPD-Landtagsfraktion bereits im vergangenen Jahr in einem [Antrag](#) gefordert.